

# Programm 2024

## für die Arbeit im Kreistag Havelland

### I. Grundsätzliches

Der Haushalt des Kreises ist in den letzten Jahren stark angestiegen und liegt nun bei rund 500 Mio. Euro (2020: 392 Mio. Euro). 2/3 davon müssen für Sozial- und andere Transfer-Leistungen aufgebracht werden, auf deren Höhe der Landkreis keinen Einfluss hat. Er hat lediglich Bundes- und Landesgesetze umzusetzen. Der Landkreis selbst erhebt keine eigenen Steuern und wenn er für Leistungen bezahlt wird, erfolgt dies kostendeckend ohne Erzielung eines Gewinns.

**2/3 der Ausgaben des Kreishaushaltes sind Sozial- und Transferleistungen**

Finanziert wird der Kreis in erster Linie aus sogenannten Schlüsselzuweisungen des Landes und aus der Kreisumlage, die er von seinen Gemeinden erhebt. Die Festlegung der Kreisumlage erfolgt durch den Kreistag. Alle Parteien sind dabei gleichermaßen bestrebt, die Belastung für die Gemeinden klein zu halten. Wenn aber der Kreis bei der Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben - die nicht in seiner Entscheidungskompetenz liegen - in Finanzierungsschwierigkeiten gerät, so bleibt ihm wenig anderes übrig, als die Kreisumlage zu erhöhen. Der Spielraum des Kreistages ist hier gering.

**Der Einfluss des Kreistages auf die Einnahmen des Kreishaushaltes beschränkt sich auf die Festlegung der Höhe der Abgaben, die er den Gemeinden auferlegt!**

Auch die gestalterischen Möglichkeiten des Kreistages sind gering und inhaltliche Differenzen bei einzelnen lokalen Projekten zwischen den Parteien und der Kreisverwaltung können meist sachgerecht erörtert und entschieden werden.

#### Unsere Erfahrung aus den letzten 10 Jahren Kreistagstätigkeit:

Für die Sanierung einzelner Straßen, für den Neubau von Radwegen, für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs oder für den Schulneubau, für das Feuerwehrprogramm, für das Kreisentwicklungsprogramm zur Förderung des ländlichen Raumes, für den Ausbau des Glasfasernetzes und für viele weitere Projekte und Vergaben hat der Kreistag über alle Parteiengrenzen hinweg sehr häufig einstimmige Beschlüsse gefasst – weil die Projekte sinnvoll und dem Bürger nützlich waren und die Gelder zur Verfügung standen.

Nun treten wir jedoch in eine Phase stark abnehmender gestalterischer Möglichkeiten des Kreistages ein. Viele Projektideen werden an den schnell schrumpfenden Finanzierungsmöglichkeiten scheitern.

**Viele Ideen in den Programmen der Parteien werden nicht mehr finanzierbar sein!**

Die Gründe hierfür liegen im Wesentlichen in der Bundespolitik, erst der Großen Koalition, nun der Ampel.

Diese fünf Politikfelder bewirkten, bewirken und/oder werden den wirtschaftlichen Absturz Deutschlands zukünftig weiter bewirken:

- die unangemessenen Corona-Maßnahmen,
- die ungebremste Zuwanderung in die Sozialsysteme mit all ihren Folgewirkungen,
- die ökonomisch und ökologisch verfehlte „Energiewende“ mit ihren Verwandten „Wärmewende“ und „Verkehrswende“,
- die selbstzerstörerische Sanktionspolitik gegen Russland,
- die Waffenlieferungen an die Ukraine und der zugesagte Wiederaufbau der Ukraine

**Die Bundespolitik schlägt auf die Finanzen der Kommunen jetzt voll durch.**

Zwar sehen auch die anderen Parteien des Kreistages die Zunahme der Sorgen der Bürger, die Preissteigerungen, die Zurückhaltung bei Investitionsentscheidungen und bemühen sich um kleinere Erleichterungen, z.B. mit dem Vorschlag noch preiswerterer Beförderung im ÖPNV. Die Subventionierung von Leistungen, begrenzte Ausgleichsmaßnahmen bei Preisschocks, sonstige Eingriffe und Wohltaten des Staates lösen jedoch die Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs Deutschlands nicht. In der Regel erfordern sie ständig neue Eingriffe und verschlimmern das zugrundeliegende Problem.

**Der Widerstand gegen die Bundespolitik muss in den Kommunen beginnen!**

**Dort, wo die Forderungen unseres Programms die Kompetenzen des Kreistages überschreiten, sind entsprechende Forderungen an die Landesregierung zu richten.**

## Alle anderen Parteien im Kreistag

- haben keine Bereitschaft gezeigt, die Corona-Maßnahmen und die Impffolgen kritisch zu hinterfragen und die „Corona-Zeit“ aufzuarbeiten.
- wenden sich nicht gegen die ungebremste Zuwanderung und tun stattdessen alles, um die Aufnahme der vom Land zugewiesenen Zuwandererquote sicherzustellen. Die „Wir schaffen das“ – Mentalität ist ungebrochen!
- Zeigen sich mit dem sogenannten Klimaschutzprogramm des Landkreises (nur die AfD-Fraktion stimmte dagegen) als eifrige Verfechter der „Dekarbonisierung“ der Wirtschaft und der Verteuerung der Energie, was letztendlich zur Deindustrialisierung und Verarmung Deutschlands führen wird.
- haben gegen eine von der AfD-Fraktion eingebrachte Resolution, die Diplomatie und einen Stopp der Waffenlieferungen forderte, votiert.

**Machen Sie die Kommunalwahl am 09. Juni 2024 zur Abrechnung mit der Politik von Ampel und CDU!**

**Es geht nicht um 1 km Radweg hier oder dort!**

## II. Sicherheit und öffentliche Ordnung

Sicherheit vor Gewalt und Kriminalität, die Annahme eines breiten, verlässlichen Konsens' in den Formen unseres Umganges miteinander sind die Grundpfeiler eines gedeihlichen Zusammenlebens im öffentlichen Raum. Die AfD steht traditionell für die Stärkung der inneren Sicherheit und für den Ausbau der dafür notwendigen polizeilichen und juristischen Strukturen. Der „Maßnahmenstaat“ der Corona-Jahre hat in den zurückliegenden Jahren jedoch bewiesen, dass seine Ordnungsbehörden und seine Polizei gleichzeitig eine Vielzahl von Aufgaben konsequent erfüllen können – was bis dahin häufig schmerzlich vermisst wurde. Diese Zeit hat aber auch gezeigt, dass diese Aufgaben häufig gegen die persönliche Freiheit der Bürger gerichtet und weder juristisch noch wissenschaftlich fundiert waren. Sie zeigte, dass Beamte ihrer Remonstrationspflicht nicht nachkamen und möglicherweise grundgesetzwidrige Maßnahmen vornahmen. Es kam zu unangemessenen polizeilichen Handlungen gegen friedliche Bürger, Ärzte und Wissenschaftler. Die Aufarbeitung dieser Zeit findet nur in Brandenburg, nur im Rahmen des von der AfD-Fraktion im Landtag durchgesetzten Corona-Untersuchungsausschusses statt. Die anderen Parteien haben daran sichtlich kein Interesse.

Eigentumsdelikte, vor allem aber Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und schwere Körperverletzungen verunsichern den Bürger in besonderem Maße und führen zur Vermeidung von bestimmten Aufenthaltsorten und -zeiten.

Der Zusammenhang zwischen diesen schweren Straftaten und Zuwanderung ist dabei eindeutig:

Gewaltkriminalität: 22,1 % der Tatverdächtigen sind Ausländer

Sexualdelikte: 33,3 % der Tatverdächtigen sind Ausländer  
Dies bei einem Ausländer-Anteil von nur 5,8% an der Gesamtbevölkerung.

aus: *Polizeiliche Kriminalstatistik für den Landkreis Havelland 2021*

Da die Zuwanderung weiter ungebremst von Statten geht, kann die Prognose nicht gut aussehen.

**Konsequente Abschiebung straffälliger und vollziehbar ausreisepflichtiger Zuwanderer!**

Im Einzelnen:

- Der Kreistag muss sich beim Bund und im Land für die konsequente Abschiebung straffälliger und vollziehbar ausreisepflichtiger Zuwanderer einsetzen
- Die „Corona-Zeit“ muss aufgearbeitet werden
- Die Verstärkung des im Streifendienst aktiven Polizeipersonals muss eingefordert werden
- Beleuchtungsoptimierung statt -reduzierung an gefährdeten Orten

### **III. Zuwanderung**

Die ungehinderte Zuwanderung von Menschen, die weder einen Flüchtlingsstatus geltend machen können noch Asylgründe vorzubringen haben, sowie die Erschaffung immer neuer „Gründe“, warum keine Ausweisungen/Abschiebungen möglich sein sollen, kann nicht mehr als Inkonsequenz/Schlamperei interpretiert werden. Sie ist gewollt und verändert unsere Gesellschaft in jeglicher Hinsicht – und dies irreversibel!

**Viele Zuwanderer nutzen die ihnen eingeräumten Möglichkeiten intensiv aus. Widerstand ist aber insbesondere gegen diejenigen zu richten, die Ihnen dies gewähren und den Missbrauch zulassen.**

Statt versprochener Fachkräfte findet überwiegend eine massive Zuwanderung in die Sozialsysteme statt. Nicht nur die dort gezahlten direkten Leistungen belasten den Steuerzahler, vielmehr ergeben sich erhebliche zusätzliche Infrastrukturkosten: Wir brauchen allein aufgrund der Zuwanderung neue Kindergärten und Schulen, mehr ÖPNV-Transportkapazitäten, wir brauchen mehr Wohnungen, Lebensmittelläden, mehr Arztpraxen, mehr Polizei und Gefängnisse...  
Unsere überalterte Gesellschaft muss selbst immer mehr Arbeitskräfte bereitstellen, um die Betreuung und „Integration“ der Zuwanderer zu bewältigen: Vom Dolmetscher über den Psychologen zum Bauarbeiter, vom Wachmann über den Rechtsanwalt zum Busfahrer, über Reinigungskräfte, Polizisten zu Sozialarbeitern ... und vor allem werden gebraucht: Neue Behördenmitarbeiter.

**Die Zuwanderung bringt nur wenige, bindet stattdessen vorhandene Fachkräfte!**

Widerstand ist notwendig: Wir werden uns im Kreistag gegen jede weitere Aufnahme von Zuwanderern wenden. Wehren sich Städte und Gemeinden gegen (weitere) Zuweisung von Zuwanderern, so werden wir dies unterstützen.

**Städte, Gemeinden und Landkreise müssen sich von der Kultur der „Erfüllung“ abwenden, stattdessen gegen die Weigerung der Bundesregierung, ihren Grenzsicherungsauftrag zu erfüllen, protestieren. Der Rechtsbeugung des Bundes hat die Kommune nicht zu folgen.**

Im Einzelnen:

- Umstellung von Geld- auf Sachleistungen bei Asylbewerbern
- Reduzierung des Gebäudereinigungsumfanges bei „Übergangsheimen“
- Keine Privilegierung von Zuwanderern gegenüber anderen wohnungslosen Menschen
- Drängen auf Abschiebung ausreisepflichtiger Zuwanderer gegenüber den Landesbehörden
- Selbst wenn die Belastung des Kreishaushaltes durch Zuwanderung weiter zunimmt: Keine Zustimmung zur Erhöhung der Kreisumlage
- Keine weitere Einstellung von Behördenmitarbeitern im Rahmen zuwanderungsbedingter Aufgaben
- Abschmelzen des zurückliegenden migrationsbedingten Mitarbeiteraufwuchses im Landkreis

#### **IV. Landwirtschaft, Verbraucher- und Naturschutz / „Energiewende“**

Die Landwirtschaft ist eine prägende Komponente des Havellandes und drittgrößter Wirtschaftsfaktor. Es gilt, die Förderung der regionalen Märkte, den Schutz unserer heimischen Landwirte und die Vermarktung der hier erzeugten Produkte zu sichern. Landwirtschaftliches Arbeiten steht unter großem Regelungsdruck. Die EU und der Bund regulieren Flächen, Anbaufolgen, Düngemittel, Haltungsformen. Die klassischen Unsicherheiten der Landwirtschaft wie Niederschlagsmengen und -zeiten, Sonnenscheindauer und Temperaturen bleiben, während der Konkurrenzdruck und die Marktmacht der Discounter die Erlöse schmälern. Die Lage des Landwirts ist schwierig und so ist es verständlich, wenn er über große Landschaftsflächen und Dachflächen verfügend, in dieser Lage von der „Energiewende“ und daher von staatlich gesicherten Einnahmequellen aus Solarparks und Windräder profitieren möchte.

**Der Landwirt muss von der Landwirtschaft leben können – und nicht von der Energiewende abhängig werden!**

Wir halten die „Energiewende“ jedoch volkswirtschaftlich und ökologisch grundsätzlich für falsch. Heute sind nicht Energieeffizienz, nicht der Ersatz knapper Energieresourcen, nicht pragmatische, technologische, nicht ökonomische und ökologische Abwägungen die treibenden Kräfte einer sich vernünftigerweise stetig anpassenden und diversifizierenden Energieerzeugung, sondern allein die auf das Kohlendioxid fixierte Klimaideologie. Ihr wird alles untergeordnet. Sie beachtet weder Physik noch Ökonomie. Sie führt maßgeblich zur Verteuerung der Energie und raubt dem Landkreis weitere finanzielle Ressourcen. Sie zerstört Landschaften, Wald, Biotope.

Im Einzelnen:

- Mehr Spielraum für den Landwirt, weniger Gängelung
- Förderung lokaler Erzeuger- und Vermarktungsstrukturen
- Traditionelle und regionale landwirtschaftliche Produkte müssen von Zulassungs- oder Zertifizierungspflichten befreit bleiben und dürfen nicht patentiert werden.
- Keine Gentechnik und keine quälereisiche Tierhaltung
- kürzere Transporte zum Schlachthaus. Suche nach einem Betreiber für ein kleines Schlachthaus im Havelland, gegebenenfalls in Kooperation mit benachbarten Landkreisen (aber: Kein Schächten!)
- Keine neuen Photovoltaikfelder in Landschaftsschutzgebieten, im Wald oder auf Ackerland, Photovoltaik nur auf Dächern und nur ohne Zwang (freie Entscheidung der Eigentümer)
- Keinen weiteren Windkraftausbau, keine höheren Windkraftanlagen (repowering), nicht nur nicht im Wald, nicht nur nicht in Landschaftsschutzgebieten, nicht nur nicht in Siedlungsnähe – sondern Schluss damit!

**Keine neuen Photovoltaikfelder, kein Windkraftausbau!**

- Keine direkten oder indirekten Subventionen für Energieprojekte. Anlagen, die nur durch Subventionen ökonomisch sinnvoll werden, sind die Ruinen der Zukunft!
- Erhalt aller bestehenden Landschaftsschutzgebiete
- Der Wolf ist zurück und hat sich stärker als erwartet verbreitet. Eine Wolfsbestandskontrolle ist auch in Hinblick auf die anwachsenden Wild- und Nutztierverluste geboten.
- Verbesserung des Wassermanagements im Havel-/Rhinluch. Instandhaltung der wasserwirtschaftlichen Anlagen wie Gräben und Schöpfwerke.

## V. Gesundheit

Gesundheit ist das höchste Gut. Kein Geburtstagswunsch kommt ohne diese Binsenweisheit aus. Trotz stark gestiegener Krankenkassenbeiträge, trotz Reduzierung der Kassenleistungen und höheren Zuzahlungen verschlechtert sich die Patientenversorgung darüber hinaus weiter. Vielfach sind Facharzttermine und spezielle Dienstleistungen nur schwer zu bekommen, die Qualität in der Pflege nimmt ab. Qualifiziertes Personal kündigt, verlässt Deutschland oder den Beruf.

### Im Einzelnen:

- Der Landkreis ist Eigentümer der Havelland Kliniken GmbH. Die Bestandserhaltung kleinerer Krankenhäuser wird aufgrund der bundespolitischen Rahmenbedingungen immer schwieriger. Der flächenmäßig ausgedehnte Landkreis kann jedoch auf die beiden Standorte Nauen und Rathenow nicht verzichten. Beide Standorte sind unbedingt zu erhalten, auch wenn der Landkreis größere Defizite ausgleichen müsste.

**Beide Krankenhausstandorte, Nauen und Rathenow, müssen bleiben!**

- Insbesondere im Westhavelland besteht ein Fachärztemangel oder er zeichnet sich bereits ab. Der Landkreis hat in der Vergangenheit Zuschüsse für ansiedlungsbereite Fachärzte ausgereicht. Dieses Instrument muss weiter genutzt oder intensiviert werden, wenn die Versorgung der Bevölkerung auf anderem Wege nicht sichergestellt werden kann.
- Wenn wir im Kreistag eine Mehrheit dafür gewinnen können, werden wir die Rückzahlung sämtlicher in der Corona-Zeit erhobener Bußgelder beschließen und die Aufarbeitung des Corona-Regimes im Landkreis durchsetzen.

## VI. Soziales, Arbeit, Sport und Kultur

Obwohl bereits 2/3 des Kreishaushaltes für Sozial- und Transferleistungen verwendet werden müssen, so handelt es sich dennoch nur um die Auszahlung der Leistungen die durch Bundesgesetze festgelegt sind. Die Mittel für eine freiwillige Förderung sozialer Projekte, von Sport und Kultur sind begrenzt und stehen in Konkurrenz zu Themenfeldern, die von den Altparteien bevorzugt gefördert werden: Migration und Energiewende.

In einer Welt stetigen Wandels ist das Wissen um die eigene Herkunft, um die eigene Geschichte, über das kulturelle Erbe, die Gründe für die Entwicklung unseres Volkes und der Grundwerte, die wir teilen, von besonderer Bedeutung.

Sich mit seiner Herkunft, seiner Nation, seiner Familie, seinem Geschlecht positiv zu identifizieren stellt die beste Voraussetzung für ein erfülltes, glückliches Leben dar. Die Förderung des Zusammenhalts der Generationen untereinander, der Erhalt unseres kulturellen Erbes, die Unterstützung sozialer Einrichtungen und Ehrenämter, der Ausbau des kulturellen Angebotes und des Breitensportes ist daher unser Anliegen.

### Im Einzelnen:

- Das Havelland verfügt glücklicherweise über eine hohe Dichte an ehrenamtlichen Helfern. Dies ist jedoch keine Selbstverständlichkeit und für die Zukunft nicht garantiert. Wir sind bei bestimmten Ehrenämtern, z.B. der freiwilligen Feuerwehr, bereit, Aufwandsentschädigungen zu zahlen.
- Unterstützung von Drogenpräventionsprojekten,
- Unterstützung von Mehrgenerationenprojekten
- Hilfe bei Neugründung von Theater- oder Musikgruppen
- Restaurierung und Pflege der vorhandenen Denkmäler. Ergänzung mit erklärenden Tafeln zur Bedeutung des Denkmals aus zeitgenössischer, nicht heutiger „volkspädagogischer“ Sicht
- Auflösung des Innovationsbündnisses Havelland (Einsparung von 10.000€/Jahr)

## VII. Kindergärten und Schulen

**Freie Meinungsäußerung für Schüler und strikte politische Neutralität der Lehrer!**

An Schulen und Kindergärten werden heute viele Aufgaben herangetragen, die mit ihrem ursprünglichen Bildungsauftrag nicht mehr viel zu tun haben. Obgleich für die inneren Schulangelegenheiten das Land zuständig ist und lediglich die äußeren Schulangelegenheiten beim Schulträger liegen, gibt es hier auf Kreisebene doch Möglichkeiten, eine alternative Politik umzusetzen.

**Sicherstellung eines wohnortnahen, vielfältigen und verlässlichen Schulangebotes**

### Im Einzelnen:

- Wir befürworten die Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an gesonderten, speziell dafür ausgestatteten Schulen.
- Diese vom Landkreis vorgehaltenen Strukturen wollen wir bewahren und ggf. ausbauen.
- Der Zweckentfremdung von schulischen Anlagen und Einrichtungen in Trägerschaft des Landkreises (z.B. Turnhallen) zur Unterbringung von Asylbewerbern werden wir uns entschieden entgegenstellen.
- Wir sehen es als unsere besondere Aufgabe an, das im BbgSchulG vorgesehene wohnungsnah und alle Bildungsgänge umfassende Schulangebot sicherzustellen.
- Die Sprache in Kindergärten und Schulen ist deutsch
- keine Gendersprache in Kindergärten und Schulen
- keine „Aufklärung“ über die „**Vielfalt** der Geschlechter“ und aller **denkbaren** „sexuellen Orientierungen“ in Kindergärten und Schulen.



- Keine Verunsicherung der Kinder in ihrer geschlechtlichen Identität. Für die Förderung der natürlichen Entwicklung unserer Kinder.
- Förderung einer angstfreien, umfassenden Meinungsbildung bei weitgehender Quellenfreiheit und -vielfältigkeit. Keine Beschränkung auf Quellen, die sich der „cancel culture“ unterworfen oder einer bestimmten ideologischen Richtung verschrieben haben.
- Strikte Einhaltung des Neutralitätsgebotes durch die Lehrerschaft
- Bei schulischen Mittagessen-Angeboten: Es soll gesund, ausgewogen, nahrhaft sein und überwiegend aus lokalem Anbau stammen. Eine freie Auswahl soll gegeben sein. Es soll keine ideologische Ernährungserziehung erfolgen.

### **VIII. Verkehr, Infrastruktur, Digitalisierung**

Der Landkreis hatte ambitionierte Ziele, das Busangebot im Havelland angebotsorientierter zu gestalten. Die AfD-Kreistagsfraktion hatte dies mitbeschlossen. Es entstanden das Buskonzept für Falkensee und eines für den erweiterten Raum. Aber die Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH kann seinen Personalstand kaum halten und so konnte das vergrößerte Netz und die dichtere Taktung nicht immer durchgehalten werden. Auch kam es nicht zu einem relevantem Umsteigeverhalten vom privaten PKW zum ÖPNV. Immer wieder sieht man nahezu leer fahrende Busse, insbesondere in den Abendstunden. Durch EU-Bestimmungen ist die Havelbus Verkehrsgesellschaft zudem praktisch gezwungen, gegenüber den bisherigen dieselbetriebenen nun deutlich teurere Elektro-Busse zu kaufen. Es ist für den Landkreis jedoch ruinös, wenn die Kosten der Dienstleistung durch exorbitant teure Elektro-Busse/Ladeinfrastruktur in die Höhe getrieben werden, gleichzeitig höhere Fahrpreise aber nicht durchsetzbar bzw. politisch nicht gewollt sind. Und es zeugt von falschen Prioritäten, wenn gleichzeitig das Geld für höhere Löhne und/oder Zuschläge für das Personal nicht zur Verfügung steht.

Unter den gegebenen Bedingungen ist ein Ausbau des ÖPNV zwar wünschenswert aber derzeit kaum realisierbar!

Nicht kostendeckende Linienangebote, Leerfahrten, überteuerte Fahrzeuge, Personalmangel – in dieser Situation ist derzeit an eine engere Taktung oder an einen weiteren Ausbau des Liniennetzes nicht zu denken. Zunächst müssen Wege gefunden werden, die aus „Klimaschutz“-bestimmungen einerseits und Tarifbindungen andererseits bestehenden Blockaden aufzulösen.

#### Im Einzelnen:

- Unter den gegebenen Bedingungen erscheint derzeit ein weiterer Ausbau des ÖPNV kaum realistisch. Bedarfsgerechte Anpassungen der Linienführung und der Taktung sind unabhängig davon jederzeit zu ermöglichen.
- Wir fordern eine Tarifierung auf das Niveau der BVG
- Konsequente Sanierung und schnelle Reparatur des Kreisstraßennetzes.
- Nicht jeder Radweg ist per se ein ökologisches Bauwerk. Nicht jeder Radweg ist aus Gründen der Sicherheit geboten. Flächenbedarf, Versiegelung, Materialeinsatz sind gegen die mutmaßliche Nutzungsfrequenz abzuwägen.

- 5 G- demnächst 6 G-Standard. Der Ausbau des Mobilnetzes geschieht vielen nicht schnell genug. Die davon ausgehenden gesundheitlichen Gefahren bleiben jedoch umstritten und sind vor einem Ausbau zu prüfen.